

# Land stoppt Verkauf von Agrarflächen

Brandenburgs Bauern sollen so vor extremen Preissteigerungen geschützt werden

**Potsdam.** Der Verkauf landeseigener Agrar- und Forstflächen in Brandenburg soll nach dem Willen des Landtags künftig weitgehend gestoppt werden, vor allem um Bauern gegen Investoren zu stärken. Das Parlament beschloss am Mittwoch in Potsdam einen Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD, CDU und Grünen, mit dem die Landesregierung dazu aufgefordert wird, dass solche Landesflächen grundsätzlich nicht mehr veräußert werden. Sie sollten langfristig an ortsansässige Land- und Forstwirte oder ihre Zusammen-

schlüsse verpachtet werden. Ausnahmen sollen geprüft werden. SPD, CDU, Grüne, Linke und Freie Wähler stimmten den Plänen zu, die AfD enthielt sich.

Landwirtschaftsminister Axel Vogel (Grüne) sprach von einem guten Signal an die Landwirte in Brandenburg. Zwischen 2008 und 2015 habe es für Agrarland „extreme Preissteigerungen“ in Höhe von 400 Prozent gegeben, sagte er. Es gebe ein überdurchschnittliches Interesse von Investoren für solche Flächen. Die Folge für landwirtschaftliche Betriebe sei, dass sie nicht nur

schwierig Flächen dazukaufen könnten, sondern ihnen Flächen weggezogen würden.

Nach Ansicht der Koalitionsfraktionen sehen Investoren von außerhalb der Landwirtschaft angesichts niedriger Zinsen im Kauf von Agrarbetrieben und -flächen eine lukrative Kapitalanlage. Das führe zu

steigenden Kauf- und Pachtpreisen für Ackerflächen und Verlusten von Flächen. Seit 2006 ist das Bodenrecht Sache der Länder.

Die Landesregierung wird außerdem dazu aufgefordert, ein Leitbild der Agrarstruktur im Sinne einer regional verankerten Landwirtschaft zu erstellen. Über eine Initiative im Bundesrat soll sie auch dafür sorgen, dass Agrar- und Forstflächen im Besitz des Bundes in den Landesbesitz kommen.

Landwirtschaftsminister Axel Vogel (Grüne)

FOTO: DPA



MAZ 22.01.2020